



**GRÜNE
FRAKTION**
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE ☒ BAHNHOFSTR. 15A ☒ 44623 HERNE

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt
Herrn Pascal Krüger
über Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Rathaus Herne

Fraktionsgeschäftsstelle
Bahnhofstr. 15a
44623 Herne
Tel: +49 (2323) 951 000 3
fraktion@gruene-herne.de
www.gruene-herne.de

Herne, den 23.2.21

Humantoxikologisches Gutachten für den Wanner Norden

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Grüne Fraktion bittet Sie, diesen Antrag in die Tagesordnung der kommenden Ausschusssitzung aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Herne beauftragt ein umfassendes humantoxikologisches Gutachten für die nördlich des Kanals gelegenen Stadtgebiete des Bezirks Wanne.

Zudem sollte ein mehrjähriges Human-Biomonitoring gestartet werden, um Veränderungen der Belastung mit gesundheitsbeeinträchtigenden Schadstoffen incl. Lärm zu erkennen.

Begründung:

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch hat die Stadt Herne – vertreten durch den FB Gesundheit – die Erstellung eines humantoxikologischen Gutachtens angeregt. Die Genehmigungsbehörde hat dies in der Anhörung im Jahr 2019 zugesagt und dann auch in Auftrag gegeben.

Beim 2. Anhörungstermin in 2020 wurde das nun bestehende Gutachten als für das Genehmigungsverfahren nicht relevant eingestuft. Zudem wurde die Aussage getroffen, dass das Gutachten nicht veröffentlicht werden würde.

Die BI „Uns stinkt’s“ hat auf Grundlage des „Informationsfreiheitsgesetzes“ (IFG) die Herausgabe des Gutachtens erreicht. Auch der Stadt Herne liegt das Gutachten vor, wie auf eine Anfrage der Grünen Fraktion vom März 21 ergeben hat. In der Bewertung des Gutachtens gibt es aber offenbar deutliche Unterschiede. Das Gutachten wertet allgemein verfügbare und relativ großräumig erhobene Daten von Luftschadstoffen und Lärm aus; eine direkte ortsteilbezogene humantoxikologische Untersuchung im Sinne der Erhebung von gesundheitlichen Daten der Anwohner*innen ist dagegen unterblieben.

Trotz dieses schon sehr eingeschränkten Untersuchungsaufwandes weist das Gutachten auf eine unterdurchschnittliche (bezogen auf das Land NRW) gesundheitliche Lage der Anwohner*innen hin. Zudem wird festgestellt, dass zwar Grenzwerte zur Gefahrenabwehr eingehalten werden, aber Vorsorgegrenzwerte schon jetzt überschritten werden. Damit wird schon mehr als deutlich ausgeführt, dass eine unmittelbare gesundheitliche Gefahrenlage gegeben ist.

Insofern ist es auch konsequent, wenn unabhängig von einer Entscheidung zur Erweiterung der ZDE Maßnahmen zur Senkung von Gefahrstoffen incl. Lärm gefordert werden.

Gerade angesichts dieser Aussagen sehen wir die Stadt in der Verpflichtung, den Ursachen der hohen Schadstoffbelastung nachzugehen, um die Einhaltung der gesundheitlichen Vorsorge zu ermöglichen. Zudem sollten kleinräumige gesundheitliche Untersuchungen der direkten Anwohner*innen der Ortsteile ein besseres Bild der tatsächlichen Gesundheitsbelastung und Gefährdung ermitteln. Diese könnten auch durch Abgleich mit Emissionsquellen und deren typischen Schadstoffemissionen besonders wirksame Minderungsmaßnahmen initiieren.

Aus Sicht der Grünen Fraktion wird eine Fokussierung der Diskussion nur auf die jetzt anstehende Erweiterung der ZDE der Gesamtlage nicht gerecht. Das vorliegende Gutachten zeigt deutlich auf, dass die Belastung des Gesamtraums mit allen Emissionsquellen betrachtet werden muss, wenn sich am schon jetzt gegebenen schlechten Zustand etwas merklich ändern soll.

Gerade ein Human-Biomonitoring, das jetzt nicht durchgeführt wurde, gibt wertvolle Hinweise auf die tatsächliche gesundheitliche Beeinträchtigung der Anwohner*innen und wird im Falle einer Wiederholung über einen längeren Zeitraum den Erfolg ergriffener Maßnahmen aufzeigen.

Für die Grüne Fraktion



Gerhard Kalus